

Mittelbauinitiative

an der Universität Paderborn

Befragung der Kandidat*innen zur Bundestagswahl 2021

im Wahlkreis 137 – Paderborn

Angefragt wurden CDU, SPD, Grüne; FDP, DIE LINKE, DIE PARTEI, Freie Wähler

Geantwortet haben vier Kandidat*innen von SPD, FDP, DIE LINKE, Freie Wähler

Befragung und Ergebnisse zusammengetragen

vom Orga-Team der Mittelbauinitiative

Bianca Steffen, Franziska Schloots, Jörg Schroeder

September 2021

1. Wie werden Sie das Sonderbefristungsrechtes in der Wissenschaft zugunsten von Beschäftigten verbessern? Unterstützen Sie eine Abschaffung des WissZeitVG?

SPD: Burkhard Blienert

Nein, ich will es weiterentwickeln durch Mindestvertragslaufzeiten für Promotionen. Wer nach der Promotion in der Wissenschaft bleibt, soll nach max. 1 Jahr eine Dauerstelle oder einen Karriereweg zur Professur kriegen (außer Drittmittelbefristung).

FDP: Roze Özmen

Eine Expertenkommission soll praktikable Lösungen hierfür entwickeln. Wir wollen Promotionen von Beginn an über ihre gesamte erwartbare Laufzeit absichern. Das WissZeitVG soll alle vier Jahre evaluiert werden, um die Regelungen nachjustieren zu können.

Freie Wähler: Günter Arlt

(Mehr) feste Stellen für fertig ausgebildete promovierte Wissenschaftler*innen. Insbesondere für Lehrbeauftragte und Daueraufgaben.

DIE LINKE: Martina Schu

Das WissZeitVG wollen wir abschaffen, es führt zu unerträglich langen Befristungskarrieren. Lehre und Forschung sind Daueraufgaben und müssen ehrlich definiert sein und mit unbefristeten Stellen ausgestattet sein. Wir brauchen wissenschaftliche Karrierewege neben der Professur. Drittmittel rechtfertigen keine Unendlichkeits-Befristungen. Bei einer Reform des WissZeitVG müssen Laufzeiten von drei Jahren Mindeststandard werden, Rechtsansprüche für Verlängerung geschaffen und Qualifizierung genauer definiert werden.

2. Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass die unbefristeten Bundesmittel des "Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken" auch wirklich für die Erhöhung von Dauerstellen in den Ländern eingesetzt werden? Was tun Sie, um die Grundfinanzierung der Hochschulen zu stärken und die Nachteile der Drittmittelfinanzierung zu beseitigen?

SPD: Burkhard Blienert
Wir müssen den Zukunftsvertrag weiter ausbauen, aber die Länder auch für mehr Dauerstellen in die Pflicht nehmen. Ich will ein Stufenmodell, sodass eine Drittmittelbefristung nur möglich ist, wenn die Qualifizierungsbefristung ausgeschöpft wurde.
FDP: Roze Özmen
Das starre Kapazitätsrecht, das die Zahl der bereitgestellten Studienplätze regelt, wollen wir grundlegend reformieren. Alle Förderprogramme des Bundes sollen den Hochschulen unabhängig ihrer Trägerschaft offenstehen.
Freie Wähler: Günter Arlt
Zweckbindung der Mittel. Transparente Verwendung mit einbeziehen der Vertretungen Studierenden/Angestellten. Grundfinanzierung stärken-> Ist schwierig, mehr Geld muss her! Nachteile der Drittmittelfinanzierung beseitigen! Mehr feste Stellen. Bereitstellung von Geldern zur Überbrückung.
DIE LINKE: Martina Schu
Der Zukunftsvertrag ZSL muss mit den Ländern nachverhandelt werden. Für Länder wie NRW muss gelten: Wer Bundesgelder haben will muss neue Dauerstellen garantieren. Die unternehmerische Hochschule ist ein politischer Irrweg. Die staatliche Grundfinanzierung muss erhöht und die vielen Drittmittel aus staatlichen Programmen in Grundmittel überführt und für dauerhafte Beschäftigung genutzt werden.

3. Welche kurzfristigen Maßnahmen würden Sie als Teil der Regierung anpacken, um die prekären Arbeitsverhältnisse von wissenschaftlichen Beschäftigten zu verbessern?

SPD: Burkhard Blienert
1) Mehr Mittel für den Zukunftsvertrag mit mehr Dauerstellen. 2) Gesetzlich verankerte Mindestvertragslaufzeiten für Promotionen. 3) Vom Bund geförderte Drittmittelprojekte mit Mindestlaufzeit von drei Jahren, wenn Promotionen vorgesehen sind.
FDP: Roze Özmen
1% der MWST-Einnahmen zusätzlich in Bildung investieren. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern – u.a. durch eine bessere Kinderbetreuung an Hochschulen. Mehr Flexibilität für Väter&Mütter, ihre Lehrverpflichtungen/Forschungszeiten selbstbestimmter festzulegen.
Freie Wähler: Günter Arlt
Bessere Vertretung des Beschäftigten (auch der studentischen) in den Gremien. Zuweilen werden in Arbeitsverhältnissen eigentlich selbstverständliche Dinge wie Urlaub und Krankheitstage übergangen, das muss sich ändern.
DIE LINKE: Martina Schu
Ich würde mich für ein Bundesprogramm einsetzen, das den Hochschulen die Erhöhung der Dauerstellen auf zunächst 50% verbindlich macht und auch klare Vorgaben für neue Personalkonzepte an Hochschulen regelt, wie den Tenure-Track für den Mittelbau. Längerfristig muss die Hochschulpolitik wieder stärker auf Bundesebene mitbestimmt werden, so dass bundesweite Standards beim Personal, der Studierendenbetreuung, beim Hochschulbau und der Ausstattung mit Forschungsmitteln gesetzt werden können.

4. Wie setzen Sie sich politisch dafür ein, dass auch studentische Beschäftigte in den Tarifvertrag der Länder TV-L aufgenommen werden oder einen eigenständigen Tarifvertrag erhalten?

SPD: Burkhard Blienert

Die Rechte und der Status studentischer Hilfskräfte muss gestärkt werden. Dafür werde ich mich einsetzen. Eine Möglichkeit wäre der weitestgehende Vorschlag eines eigenen Tarifvertrages. In NRW haben wir bezüglich der studentischen Hilfskräfte gerade genau das Gegenteil unter der Regierung Laschet erlebt.

FDP: Roze Özmen

Das ist Ländersache und der Bund sollte sich hier nicht einmischen. Unabhängig davon sehe ich die Gefahr, dass dann weniger studentische Beschäftigte eingestellt werden.

Freie Wähler: Günter Arlt

Studierende sollten wie andere Arbeitnehmende auch ihre Interessen tarifvertraglich verhandeln dürfen.

DIE LINKE: Martina Schu

Als überzeugte Gewerkschafterin finde ich den Ausschluss von ganzen Beschäftigtengruppen aus einem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes einen Skandal. Ich werde mich als Bundestagsabgeordnete voll dafür einsetzen, dass die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), die Verhandlungen mit GEW und ver.di über einen Studentischen Tarifvertrag in der laufenden Tarifrunde im Herbst 2021 sofort aufnehmen. Mittelfristig wollen wir als LINKE die Aufnahme der Studentischen Beschäftigten in den allgemeinen Tarifvertrag der Länder (TV-L) erreichen.